

Die Parteien haben die Wahlprüfsteine der IG-JMV zur Bundestagswahl 2017 beantwortet – eine Auswertung

„Die im deutschen Bundestag vertretenen Parteien sind für Männer nicht wählbar“, so das ernüchternde Fazit der Interessengemeinschaft Junge, Männer, Väter (IG-JMV). Die IG-JMV hat die fünf Bundestagsparteien und ihre zwei größten Herausforderer, mittels Wahlprüfsteinen befragt und ihre Antworten ausgewertet.

Große Unterschiede in der Volksnähe

Die IG-JMV versandte ihre Wahlprüfsteine in Form der beiden Fragebögen „Modernisierung des Familienrechts“ und „Zeitgemäße Geschlechterpolitik“ an CDU, CSU, SPD, Grüne, DIE LINKE, sowie an FDP und AfD. Die Antworten der Parteien hätten kaum unterschiedlicher ausfallen können:

- FDP und DIE LINKE antworteten konkret, ausführlich und teilweise mit Quellenangaben auf alle Fragen.
- SPD und Grüne antworteten ausführlich, aber häufig mit ausweichenden oder allgemein gehaltenen Formulierungen.
- CDU, CSU und AfD antworteten überhaupt nicht bzw. verwiesen auf ihre Wahlprogramme.

Dies vermittelt einen ersten, gravierenden Eindruck, welchen Stellenwert der Dialog mit den Wählern oder die männliche Hälfte der Wählerschaft bei den einzelnen Parteien einnimmt.

Familienpolitik: Haben die Parteien Angst vor der Moderne?

Vier der fünf familienpolitischen Fragen der IG-JMV beschäftigten sich damit, wie die Politik die Lebensrealität derjenigen Kinder gestalten möchte, deren Eltern in keiner gemeinsamen Paarbeziehung leben. Alle befragten Parteien erwiesen sich dabei als erschreckend reaktionär. Einmal werden „Regenbogen“- und Patchworkfamilien (SPD, Grüne, CDU/CSU), ein andermal „intakte“ Familien (AfD) vorgeschoben. Oder das „Kindeswohl“ (DIE LINKE), das immer als Begründung dafür herhalten muss, wenn man lieber das bestehende Kindeselend beibehält, statt wie unsere Nachbarländer neue Wege zu betreten. Am fortschrittlichsten zeigt sich die FDP; sie befürwortet das „Wechselmodell“, in dem sich getrennte Eltern die Betreuung der Kinder möglichst paritätisch teilen. Während die SPD auf ihr Positionspapier zum Wechselmodell verweist, spricht sich Familienministerin Barley dagegen aus, dieses Modell zum Standard für strittige Fälle zu machen. Hauptsache, man kann sich vor dem mutigen Schritt in ein 21. Jahrhundert drücken, in dem aktive Elternschaft (insbesondere Vaterschaft) über die Paarbeziehung hinausgeht.

Väterforschung wird auch in der nächsten Legislaturperiode das Stiefkind der Geschlechter- und Familienforschung bleiben. Während SPD und LINKE auf die künftige Regierung verweisen, schreiben die Grünen von „Geschlechterforschung“ und „Gleichstellung in der Wissenschaft“, und die FDP verweist immerhin sachkundig auf bestehende Studien aus 2002 und 2007 und verspricht, die wissenschaftliche Begleitung gesellschaftlicher Prozesse „anzuregen“, soweit „wünschenswert“.

Die Frage, ob das 7. Zusatzprotokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention durch Deutschland ratifiziert werden soll, wurde einzig von den Grünen beantwortet, und zwar erfreulicherweise positiv.

Die anderen Parteien antworteten nicht oder ausweichend. Dieses Protokoll regelt die Rechte und Pflichten getrennter Eltern gegenüber ihren Kindern einheitlich auf europäischer Ebene.

Keine einzige der befragten Parteien erkannte an, dass die gemeinsame Kinderbetreuung durch getrennt lebende Eltern Kosten verursacht, die steuerlich berücksichtigt werden müssen. Stattdessen wird das Bewahren oder Abschaffen des Ehegattensplittings (FDP, Grüne, LINKE) oder die Entlastung der Alleinerziehenden (SPD) diskutiert. Immerhin will die AfD „die steuerlichen Benachteiligungen von Kindern und Eltern aus Trennungs- und Scheidungsfamilien [...] beseitigen“. Das Prekariat unter den Kindern getrennter Eltern darf also in den nächsten Jahren weiter wachsen.

Was ist eigentlich ein Vater?

Laut deutschem Recht (§§1591, 1592 BGB) ist die Mutter eines Kindes die „Frau, die es geboren hat“. Vater ist der Mann, der „zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter des Kindes verheiratet ist“, der „die Vaterschaft anerkannt hat“, oder „dessen Vaterschaft [...] gerichtlich festgestellt ist“. Diese sehr ungleichen Definitionen von Elternschaft entstammen der Reform des Kindschaftsrechts, die 1997 unter der Regierung Kohl beschlossen wurde.

Anders als 1997, ist es im Jahre 2017 möglich festzustellen, von wem ein Kind abstammt (DNA-basierte Abstammungstests gibt es seit etwa 1995, konnten also möglicherweise im Gesetzgebungsverfahren nicht mehr berücksichtigt werden). Daher wollte die IG-JMV von den Parteien wissen, ob es nunmehr an der Zeit sei, Elternschaft gleichberechtigt zu definieren und damit ganz nebenbei dem Verwirrspiel um „rechtliche“, „leibliche“ und „Schein“-Väter ein Ende zu setzen.

Das beinahe einhellige Plädoyer der Parteien lautet: Nein zur gleichberechtigten Elternschaft, ja zu teuren und gerade für Kinder qualvolle Rechtsstreitigkeiten um Scheinvaterschaft! Während die FDP sich damit zufrieden gibt, dass Vaterschaft ja angefochten werden kann, betonen LINKE und Grüne, dass sie bzgl. Elternschaft generell für unerheblich halten, von wem ein Kind abstammt. Ob sie damit auch die Mutterschaft meinen, verrietten sie genauso wenig, wie was zu tun sei, wenn niemand die väterliche Verantwortung freiwillig übernimmt. Auch die SPD argumentiert auf der Basis, dass „die biologischen Eltern immer häufiger nicht die sozialen Eltern“ seien, erlaubt sich aber immerhin „die Frage, ob §1592 BGB noch zeitgemäß ist oder überarbeitet werden muss“.

Geschlechterpolitik: Unklare Sicht auf soziale Realitäten

Im Bereich Geschlechterpolitik wollte die IG-JMV zunächst wissen, welche Partei in eine zeitgemäße Politik auch die Bedürfnisse von Jungen, Männern und Vätern einbeziehen wird, und ob sie darunter ein Engagement für Chancengleichheit versteht. Hier gehen die Antworten der Parteien deutlich auseinander: Die FDP will „eigene Entscheidungen“ unter „passenden Rahmenbedingungen“ fördern und schlägt insbesondere in den Bereichen Bildung und Arbeit konkrete Maßnahmen für Jungen und Männer vor. CDU/CSU setzen sich für eine bessere Work-Life-Balance für Männer ein. Die AfD wendet sich gegen „Ungleichbehandlung als Mittel zur Gleichberechtigung“ und differenziert zwischen dem individuellen Menschenrecht auf Gleichberechtigung und der Gleichstellung von „Kollektiven“. Sie möchte Artikel 3 GG in seinem „klaren und guten Sinn“ durchgesetzt wissen. Das Wort „Jungen“ sucht man in den Wahlprogrammen von CDU/CSU und AfD, zumindest als Substantiv, vergebens. SPD, Grüne und LINKE betonen, dass die bestehenden Gleichstellungsmaßnahmen wie Quotenregelungen oder das Entgeltgleichheitsgesetz auch Männer mitmeinen. „Strukturelle Benachteiligungen“ von Jungen und Männern gibt es ihrer Ansicht nach nicht, weshalb die Bedürfnisse dieser Menschen auch keiner besonderen politischen Aufmerksamkeit bedürften.

Auch auf die Frage, ob Männern und Frauen die gleichen Rechte bei der Wahl von Gleichstellungsbeauftragten zugestanden werden sollen, antworteten die Parteien unterschiedlich: Die FDP will „nicht nur Frauen, sondern auch Männern“ ermöglichen, „die Funktion von Gleichstellungsbeauftragten wahrzu-

nehmen“. SPD und LINKE lehnen dies ab und berufen sich auf nicht näher beschriebene „strukturelle Benachteiligungen“ der Frauen. Die AfD will unter der Überschrift „Steuerverschwendung [...] beenden“ Gleichstellungsbeauftragte abschaffen.

Schließlich fragte die IG-JMV, wer das Bundesfrauenministerium umbenennen und in ihren Abteilungen thematische und personelle Geschlechterparität herstellen möchte. Zur Namensänderung des Ministeriums äußerte sich nur DIE LINKE deutlich: „Die Interessen von Jungen, Männern und Vätern sind meist Leitgedanke für Politik und müssen daher nicht noch einmal speziell sichtbar gemacht werden, so wie es für Frauen der Fall ist“. Die SPD verwies auf die Geschäftsordnung der Bundesregierung. Für eine paritätische Gewichtung sieht DIE LINKE „keinen Handlungsbedarf“, da die „Unterrepräsentanz von Männern in diesem Bereich [...] nicht gegeben“ sei. Die SPD verweist auf das Bundesgleichstellungsgesetz. Die FDP lehnt die politische Zielvorgabe einer paritätischen Besetzung ab, da für sie eine „Geschlechterquote - egal ob Frauen- oder Männerquote [...] nicht in eine moderne Gesellschaft“ passt.

<http://www.ig-jungen-männer-väter.de/Auswertungen-Parteien-zur-Bundestagswahl-2017/>